

AUS DEM BUNDESTAG

BETTINA M. WIESMANN MdB

CDU · CSU



22. November 2024

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitstreiter,

der 6. November 2024 wird als ein Tag des umfassenden politischen Umbruchs in Erinnerung bleiben. Nachdem am Morgen über die Ticker lief, dass jenseits des Atlantiks eine Mehrheit der US-Amerikaner für die Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus gestimmt hatte, wurde am Abend diesseits des Atlantiks der letzte Akt des Ampeldramas aufgeführt.

Die Ampelkoalition ist gescheitert

Nach monatelangem Streit zwischen SPD, Grünen und FDP ist die Berliner Ampelkoalition Geschichte. Die FDP ist aus der Regierung ausgeschieden. Die „Fußgängerampel“ von SPD und Grünen verfügt nicht mehr über eine Mehrheit im Bundestag, auch nicht über eine Verfahrensmehrheit. Deshalb soll der Bundestag neu gewählt werden – am 23. Februar 2025. Voraussetzung ist, dass der Bundeskanzler am 16. Dezember die Vertrauensfrage stellt und verliert, der Bundespräsident dem Wahltermin zustimmt und den Bundestag entsprechend auflöst.

Nach dem Aus der Ampel hatte der Kanzler zunächst angekündigt, die Vertrauensfrage am 15. Januar stellen zu wollen. Neuwahlen wären dann nicht vor März möglich gewesen. Erst auf massiven Druck der Union hin lenkte der Kanzler ein und stimmt zu, die Entscheidung über den Termin der Vertrauensfrage wie des Wahltags den Fraktionen des Bundestags zu überlassen. Die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU, SPD und Grünen haben sich dann auf eine vorgezogene Bundestagswahl am 23. Februar 2025 verständigt.

Eine Woche nach dem Ampel-Aus gab Kanzler Olaf Scholz am 13. November vor dem Deutschen Bundestag seine wahrscheinlich letzte Regierungserklärung ab. Darin erhob er den Anspruch, bis zum Wahltag weitere politische Entscheidungen auf den Weg zu bringen – was mangels eigener Mehrheit nurmehr mit Unterstützung der Opposition möglich ist. In der anschließenden Debatte erteilte unser Vorsitzender dem Wunschdenken des Kanzlers eine Absage. Friedrich Merz machte klar, dass CDU und CSU nicht die Einwechselspieler für die zerbrochene Bundesregierung abgeben werden, sondern dass Deutschland nach dem Scheitern der Ampel eine fundamental andere Politik braucht. Diese wird nur mit einer neuen Bundesregierung möglich sein, die in der Lage ist, ihrer nationalen, europäischen und internationalen Verantwortung gerecht zu werden.

Zwar ist die Unionsfraktion grundsätzlich bereit, bis zur Wahl im Februar an Bundestagsentscheidungen mitzuwirken, allerdings wird eine Verständigung darüber erst möglich sein, nachdem der Kanzler die Vertrauensfrage gestellt hat. Dabei werden wir uns auf Beschlussvorhaben beschränken, die zwingend nötig und nach unserer Auffassung sinnvoll

sind. Welche das sein werden, darüber werden wir uns in den kommenden Wochen mit der Rumpfregierung verständigen. Mit Ausnahme der Haushaltswoche werden die bis Weihnachten geplanten Sitzungswochen stattfinden, und auch im Neuen Jahr wird der Bundestag zusammentreten und seine parlamentarischen Aufgaben wahrnehmen. Er bleibt bis zur Konstituierung des 21. Bundestages voll handlungsfähig.

Was folgt aus den Wahlen in Amerika?

Am 5. November waren 244 Millionen Amerikaner dazu aufgerufen, den 119. Kongress und den 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu wählen. Sie haben entschieden, dass Donald Trump für die nächsten vier Jahre das Land als Präsident im Weißen Haus führen soll. Er wurde mit einem in jeder Hinsicht starken Mandat versehen: Neben der Mehrheit im Wahlkollegium hat er auch über fünf Millionen Stimmen mehr als seine Herausfordererin, Vizepräsidentin Kamala Harris, erhalten. Darüber hinaus haben die Wähler die Republikaner mit einer Mehrheit im Senat und im Repräsentantenhaus ausgestattet.

Jetzt gilt, was Friedrich Merz gesagt hat: „Das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika reicht in seiner Verantwortung wie kein zweites auf der Welt über die eigenen Landesgrenzen hinaus. Deshalb wünschen wir Donald Trump viel Erfolg bei der Wahrnehmung der zentralen Rolle Amerikas für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Welt. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren, sind und bleiben der wichtigste Verbündete Deutschlands außerhalb Europas. Unsere Völker verbindet eine lange Freundschaft. Unsere Länder teilen gemeinsame Werte, Interessen und als Mitglieder in der NATO ein kollektives Schutzversprechen. Es liegt nun insbesondere auch in der Hand von uns Deutschen und Europäern, die Beziehungen zu unserem wichtigsten Verbündeten zu gestalten. Europa muss aus eigener Kraft heraus weltpolitikfähig werden, Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen und seine Volkswirtschaften zu neuer Stärke führen. Nur ein Europa, das im Inneren gefestigt und im Äußeren einig ist, kann den Vereinigten Staaten von Amerika ein Partner auf Augenhöhe sein.“

Leider ist die noch amtierende Bundesregierung zu keiner der akut entscheidungsbedürftigen Zukunftsfragen der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit in der Lage, eine Antwort zu geben: Welche Schwerpunkte wird Deutschland in der Zusammenarbeit mit der künftigen amerikanischen Administration setzen? Wie soll der für Deutschland so wichtige transatlantische Wirtschaftsraum erhalten und gestärkt werden? Wie wird Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Verbündeten mehr Verantwortung für die Sicherheit Europas übernehmen? In der Kanzlerschaft von Olaf Scholz ist das größte Mitgliedsland der Europäischen Union außenpolitisch handlungsunfähig geworden.

Wege aus der Kita-Misere – Gastbeitrag in der FAZ vom 21. November

Kitas sind überlastet durch steigende Anmeldungen und fehlendes Personal. Mit präziser Angebotssteuerung, die den tatsächlichen Bedarf in einer Kita abbildet, können Fachkräfte entlastet werden und sich auf ihre Bildungs- und Betreuungsaufgaben konzentrieren. Ein Dreiklang aus hochqualifizierten Leitungskräften, qualifizierten pädagogischen Fachkräften und unterstützenden Assistenzpersonen wird mehr Personal in die Kitas bringen. Durch kluge Steuerung wird die Qualität des Bildungsangebots in jeder Kita steigen. Wenn dann endlich auch die qualifizierten Fachkräfte aus dem Ausland zügig in die Berufstätigkeit

integriert werden, können Eltern wieder entspannter sein, wenn sie ihre Kinder für die Kita oder die Grundschule anmelden. Sprachförderprogramme sind dann keine rotstiftfähigen Zusatzangebote, sondern regulärer Teil des Kitalebens, vor allem dort, wo gutes Deutsch nicht selbstverständlich gesprochen wird. Ein Ende der pauschalen Beitragsfreiheit schafft finanziellen Spielraum für ein verlässliches UND differenziertes Angebot.

Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und früher Bildung ist kein Luxus, sondern eine Pflichtaufgabe für unser Gemeinwesen.

Meinen vollständigen Gastbeitrag „Wege aus der Kita-Misere“ aus der FAZ vom 21. November lesen Sie [hier](#).

#Wiesmannletter

Vor über zehn Jahren, noch als hessische Landtagsabgeordnete, habe ich begonnen, in regelmäßig erscheinenden Wahlkreisbriefen über meine politischen Aktivitäten der vergangenen Monate zu berichten. Den zweiten #WiesmannLetter dieses Jahres haben einige von Ihnen bereits erhalten. Für alle anderen ist er diesem Bericht angehängt. Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen und verspreche Ihnen schon heute, dass mein Engagement für die Demokratie – z.B. im Bürgerverein Demokratieort Paulskirche e.V. (www.demokratieort-paulskirche.de) – und für die CDU Deutschlands, insbesondere auch im anstehenden Bundestagswahlkampf, nicht nachlassen wird.

Ihre

Bettina M. Wiesmann MdB

A photograph of Bettina M. Wiesmann, a German politician, speaking into a microphone. She is wearing a blue dress, glasses, and a necklace. The background is an orange and black display with some text visible, including 'ouch' and a soccer ball.

#WiesmannLetter Herbst 2024

Bettina M. Wiesmann MdB
Frankfurter Norden, Osten, Süden

November 2024

SEITE 6

Sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen verhindern!

SEITE 8

Die Haushaltspläne der Ampel schaden Frankfurt

SEITE 10

75 Jahre Deutscher Bundestag – ein Grund zum Feiern!

SEITE 13

Unterwegs in Frankfurt, mit Frankfurtern

Inhalt

- 3** Editorial
- 4** Wege aus der Kita-Misere
- 6** Sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen verhindern!
- 7** Die Familienpolitik der Ampel – ziellos, widersprüchlich, verantwortungslos
- 8** Die Haushaltspläne der Ampel schaden Frankfurt
- 10** 75 Jahre Deutscher Bundestag – ein Grund zum Feiern!
- 12** Frankfurt in Berlin – BPA-Fahrt in die Hauptstadt
- 13** Unterwegs in Frankfurt, mit Frankfurtern
- 16** Termine

Impressum

Verantwortlich: Bettina M. Wiesmann MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Texte: Bettina M. Wiesmann/Team Wiesmann

Bildnachweis: Büro Wiesmann, außer anders angegeben

Erstellung & Layout: Kirsch Kommunikationsdesign GmbH, Walluf

bettina.wiesmann@bundestag.de

Telefon 030 227 70551

www.bmwiesmann.de

Facebook: [bmwiesmann](#)

Instagram: [bmwiesmann](#)

LinkedIn: [Bettina Wiesmann](#)

X: [@bmwiesmann](#)

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

75 Jahre nach der konstituierenden Sitzung des ersten Deutschen Bundestags steht Deutschland nicht zum ersten Mal vor einer Zäsur. Nach dem Aus der Ampelkoalition wird das Wahlvolk in einer vorgezogenen Bundestagswahl über die Zusammensetzung des 21. Deutschen Bundestags entscheiden und darüber, in welche Richtung sich unser Land entwickeln wird.

Das Vertrauen vieler Menschen in Politik, Parlamente und Parteien, teilweise ins Staatswesen insgesamt, ist in den vergangenen Jahren massiv zurückgegangen. Radikale Parteien sind im Aufwind. Vielfach ist mangelndes Vertrauen sogar in Verachtung umgeschlagen. Die Gründe für diese beunruhigende Entwicklung sind offenkundig: Da ist eine Bürokratie, die Menschen wie Unternehmen mehr und mehr abverlangt, aber für niemanden einen Mehrwert zu erzeugen scheint. Da ist die kraft- und richtungslose Regierungspolitik der vergangenen drei Jahre, die in den wesentlichen Fragen der inneren und äußeren Sicherheit, der Zuwanderung, der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und des sozialen Zusammenhalts keine gemeinsamen Antworten gefunden hat, geschweige denn dem Land Führung zu geben vermochte.

Die nächste Bundesregierung wird in der Pflicht stehen, die Hinterlassenschaften der Ampelregierung zu korrigieren und Deutschland aus der Sackgasse zu führen. Sie wird unter schwierigsten konjunkturellen Bedingungen einen Haushalt für das Jahr 2025 aufstellen und zugleich die Wirtschaft in Gang bringen müssen. Es wird an ihr sein, neue Wege in der Migrationspolitik einzuschlagen, um endlich die Kontrolle über die deutschen EU-Binnen-



Foto: Tobias Koch

grenzen zurückzuerlangen. Sie wird für eine militärisch wirkungsvolle Unterstützung der Ukraine sorgen müssen, die das angegriffene Land endlich dazu befähigt, den russischen Aggressor, der es seit Jahren mit Terror überzieht, in die Schranken zu weisen. Und sie wird strukturelle Reformen einleiten müssen, um unser Land zu modernisieren und bei rückläufiger Demografie seine Leistungskraft wieder zu stärken und den Generationenvertrag zu erneuern.

Was mich zuversichtlich stimmt: Die vergangenen 75 Jahre seit Konstituierung des ersten Deutschen Bundestags waren von zahlreichen politischen Herausforderungen und Krisen geprägt. Immer wieder ist es unserer freiheitlich-demokratisch verfassten Gesellschaft gelungen, sie zu meistern und sogar gestärkt aus ihnen hervorzugehen. Als Union werden wir wie in der Vergangenheit auch diesmal unseren Beitrag dazu leisten. Die Demokratie lebt von guten und klaren Alternativen. Unser personales wie inhaltliches Angebot ist sehr klar – mit Friedrich Merz an der Spitze und einem Sofortprogramm für Sicherheit und Wachstum, das die Überforderung durch irreguläre Migration beendet, die Produktivkräfte unserer Gesellschaft stärkt und Strukturreformen für ein schlankes, leistungsfähiges und wehrhaftes Gemeinwesen im westlichen Verbund ermöglicht.

Ihre Abgeordnete

Bettina M. Wiesmann MdB

Wege aus der Kita-Misere

Schlussfolgerungen aus Fachdiskussionen in Berlin und Frankfurt – von Bettina M. Wiesmann MdB



Die Misere in der Kinderbetreuung ist groß. Mehr Nachfrage nach Betreuung, zu wenig qualifiziertes Personal, steigende Förderbedarfe der Kinder –, all das hat längere Wartelisten, wachsende Krankenstände und immer mehr Einschränkungen im tatsächlichen Betreuungsangebot zur Folge.

Dabei ist Enormes geleistet worden: Seit 2008 wurden über 750.000 U3-Betreuungs-

plätze geschaffen, das Nachmittagsangebot für alle Altersgruppen sukzessive ausgedehnt, Bildungs- und Erziehungspläne von 0-10 Jahren in allen Bundesländern eingeführt, Fachkräfteschlüssel verbessert, Fachkräfte umfassend qualifiziert. Aber es reicht nicht.

Trotz sinkender Geburtenzahlen steigt der Bedarf an Betreuungsplätzen weiter. Stärker als Zuzüge wirkt die zunehmende Anmeldung von Ein- und Zweijährigen, die bisher zu etwa 2/3 aushäusig betreut werden. Ab dem vollendeten ersten Jahr besteht ein Rechtsanspruch auf einen Platz in Krippe oder Tagespflege, demnächst auch für Grundschul Kinder. Denn Eltern, die beide berufstätig sind – und damit den Fachkräftemangel andernorts abmildern –, sind auf eine verlässliche Betreuung ihrer Kinder angewiesen. Diese wiederum, zumal in unserer Einwanderungsgesellschaft, benöti-

gen Förderung, um auf die Anforderungen der Grund- wie der weiterführenden Schulen vorbereitet zu sein und ihre Anlagen zu entfalten.

Die Bundesregierung hat die Situation verschlafen. Das erfolgreiche Sprachkita-Programm der Vorgängerregierung lief Mitte 2023 aus. Die Länder blieben auf ersten Erfolgen sitzen, u.a. legte Hessen notgedrungen ein eigenes Programm auf. Unter dem Druck der Union hat die Ampel im neuen Kita-Gesetz die Sprachförderung zu einem verpflichtenden Qualitätsmerkmal erklärt – späte Einsicht nach bald zweijähriger Unterbrechung! Die seither entlassenen Sprachfachkräfte müssen mühselig zurückgewonnen werden.

Auch der allgemeine Fachkräfteengpass setzt sich absehbar fort: Im Herbst 2026 werden die ersten Grundschul Kinder ein Recht auf acht Stunden Bildung und Betreuung in der Schule haben. Dafür werden nicht nur neue Räume gebraucht, sondern auch Tausende Pädagogen und Fachleute aus anderen Berufen und Vereinen – Schätzungen zufolge 50–100.000 zusätzliche Vollzeitkräfte allein an den Schulen.

Knappe Ressourcen genauer steuern – beim Angebot wie bei den pädagogischen Profilen

Ein Überbietungswettbewerb um die knappen Fachkräfte kann nicht die Lösung sein. Vielmehr brauchen Familien endlich eine tragfähige Strategie, damit der tatsächliche Bedarf, Familie und Beruf zu vereinbaren, erfüllt wird und Kinder möglichst optimal gefördert werden. Versprechungen eines stetigen kostenlo-

sen Leistungszuwachses für alle in den Kitas müssen aufhören, damit die wirklichen Erfordernisse, die nicht für alle dieselben sind, zuverlässig erfüllt werden können.

Betreuungsangebote müssen präziser als bisher nach Modulen und Stundenkontingenten gesteuert und abgerechnet, die Förderungen der Kommunen wie der Länder darauf abgestellt werden. Betreuungsschlüssel für Kern- und Randzeiten sollten unterschiedlich sein. Anforderungsprofile des Personals sollten ausdifferenziert werden – zwischen vollausgebildeten Kindheitspädagogen mit Zusatzqualifikationen einerseits und unterstützenden Kinderpfleger/innen und Hilfskräften andererseits. Nicht alle müssen alles können, das Team aber muss mit Übersicht gesteuert werden. Dafür müssen Leitungskräfte fortgebildet werden und Zeitpuffer haben, um den Personaleinsatz an die Anforderungen anzupassen. Pädagogische Fachkräfte werden ebenso benötigt wie Assistenten, Quereinsteiger und Freiwillige. Warum nicht auch Ruheständler oder Eltern in Familienzeit mit entsprechender Motivation? Sie alle können die Fachkräfte entlasten und zugleich verbindliche Öffnungszeiten der Einrichtungen sichern helfen. Dabei kann auf bestehende Programme aufgebaut werden.

Personal systematisch gewinnen und halten, bürokratische Hürden abbauen

Im Ausland gibt es akademisch ausgebildete Erzieherinnen, die gern in Deutschland arbeiten würden. Für die erfolgreiche Einreise einer Fachkraft müssen vier Behörden nacheinander tätig werden –, ein enorm schwerfälliges System. Allein die Anerkennung eines Berufsabschlusses braucht oft mehr als ein Jahr. Personaldienstleister machen vor, dass Anwerbung, Qualifizierung und Vermittlung funktionieren, stoßen aber auf eine Vielzahl bürokratischer Hemmnisse und heillos überforderte kommunale Ausländerbehörden, wie

das Frankfurter Beispiel zeigt. Eine bundesweit aufgestellte Willkommensagentur, wie von der Unionsfraktion vorgeschlagen, kann die Prozesse vereinheitlichen und massiv beschleunigen; die Finanzierung vorbereitender Sprachprogramme durch Bund oder Länder wäre gut angelegtes Steuergeld.

Im Inland muss die praxisintegrierte Ausbildung ausgeweitet werden. Mit ihr stehen den Kitas angehende Erzieherinnen sogleich als motivierte junge Mitarbeiter zur Verfügung – freilich unter der Voraussetzung, dass ein Mentoring durch Fachkräfte stattfindet. Ausbildungsanteile in Tagesfamilien sollten ebenfalls erprobt werden. Sprachförderkräfte brauchen eine langfristige Berufsperspektive, ihre Stellen müssen bis zur Umsetzung des neuen Kita-Gesetzes finanziell abgesichert werden. Für jedes einzelne Kind wie für alle zusammen ist gutes Deutsch die allerwichtigste Bildungsvoraussetzung.

Kostendruck durch gestaffelte Elternbeiträge mindern

Schon lange gilt: Eltern mit geringem Einkommen zahlen keine Kitabeiträge. Lt. SGB VIII müssen Beiträge nach dem Bedarf und dem Einkommen der Eltern gestaffelt werden. Es ist untragbar, dass vielerorts auch Eltern mit überdurchschnittlichen Einkommen ihr Kind kostenlos betreuen lassen können und dass die linken Parteien bis heute die Beitragsfreiheit zum Vehikel sozialer Gerechtigkeit verklären – mit fatalen Folgen für die Erwartungen der Eltern wie für öffentliche Kassenlagen.

Politik und Gesellschaft müssen sich ehrlich machen: Vereinbarkeit von Familie und Beruf und frühe Bildung sind kein Luxus, sondern Pflichtaufgaben für unser Gemeinwesen. Sie in Zeiten demografischer Herausforderungen nach dem tatsächlichen Bedarf zu erfüllen, erfordert mehr Realismus, beherztes Zupacken und angemessene Beiträge auf allen Seiten.

Sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen verhindern!

Rede zur ersten Lesung des Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen, 11.10.2024

„Sexueller Missbrauch von Kindern ist eines der traurigsten Kapitel menschlichen Zusammenlebens unserer Zeit, das mich fortgesetzt beschämt und für das ich hier und heute alle, die wir nicht davor bewahren konnten, um Verzeihung bitten möchte.“ So habe ich meine Rede am 11. Oktober zum Gesetz der Bundesregierung zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen eingeleitet.

„Als ich im März 2010 eine meiner ersten Landtagsreden zu den Enthüllungen von sexuellem Missbrauch von Kindern hielt, hätte ich nicht gedacht, dass die damals durch die Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen – Runder Tisch, Betroffenenrat, Aufarbeitungscommission, Unabhängige Beauftragte – erst anderthalb Jahrzehnte später gesetzlich verankert werden würden. Die Vorkommnisse an der Odenwaldschule, am Canisius-Kolleg, in den Kirchen, Kinderheimen und schließlich im Sport hatten auf einen Schlag gezeigt: Kinder waren übergrieffigen Erwachsenen nahezu schutzlos ausgeliefert. Und bis heute sind sie gefährdet.

Durch das Gesetzesvorhaben erhalten die Institutionen eine dauerhafte Rechtsgrundlage. Betroffene sollen beraten, Aufarbeitung und Prävention gestärkt werden, und es soll dem Bundestag berichtet werden. Das unterstützen wir als Union, sehen aber Änderungsbedarf: Für Aufarbeitung und Prävention sollten konkrete Leitlinien formuliert werden; sie müs-



Rede im Deutschen Bundestag, 11.10.2024

sen für alle Institutionen gelten, die von Kindern und Jugendlichen genutzt werden; Akten müssen bis ins hohe Alter einsehbar sein; die Kinderschutzhotline muss 24/7 erreichbar sein. Irritierend ist zudem, dass die neuen Aufgaben bisher nicht im Haushaltsplan stehen. Hier muss unbedingt nachgebessert werden.

Seit 2010 ist viel unternommen worden, um Missbrauchsfälle aufzuarbeiten, das Leid der Betroffenen anzuerkennen sowie Kinder und Jugendliche besser zu schützen. Das Gesetz muss diesen Bemühungen ein Mehr an Stringenz, Verbindlichkeit und Durchschlagskraft geben. Und auch weitere Instrumente wie die anlasslose Speicherung von IP-Adressen müssen her, die aktuelle Bundesratsinitiative von Hessen, NRW und Schleswig-Holstein weist den Weg!“

Die Familienpolitik der Ampel – ziellos, widersprüchlich, verantwortungslos

Debatte zum Familienetat 2025 – von Bettina M. Wiesmann MdB

In der Haushaltsdebatte zum Familienetat am 12. September habe ich auf die bestürzende Ziel- und Planlosigkeit der Ampel auch auf diesem Politikfeld hingewiesen. Entgegen den eigenen Ankündigungen streicht sie wichtige Positionen zusammen – etwa den Fonds Frühe Hilfen, über die junge Familien mit Herausforderungen beraten und unterstützt werden. Die Hilfen für ungewollt kinderlose Paare werden fast halbiert, so dass kaum noch Mittel zur Verfügung stehen, um einen Kinderwunsch realisieren zu helfen. Freiwilligendienste und Bundesfreiwilligendienst werden wieder abgespeckt, dabei wäre es notwendig, endlich mehr Freiwillige und Einrichtungen zusammenzubringen. Der Personalnotstand könnte damit gelindert, individuelle Perspektiven auf Ausbildung eröffnet werden. Aber die Ampel bewegt sich nicht vom Fleck.

Dagegen soll es weiterhin 200 Mio. Euro für Hunderte Projekte zur Demokratieförderung und Extremismusprävention geben. Das Anliegen teile ich ausdrücklich, aber es ist ein undurchsichtiger Projektdschungel entstanden. Ich frage mich angesichts von Wahlerfolgen der Extremisten und zunehmender Gewalt auf der Straße, ob diese Projekte überhaupt ihr Ziel erreichen. Diese und die vielen anderen Projekte des Ministeriums sollten grundlegend evaluiert werden.

Skandalös ist das Handeln der Bundesregierung beim Ganztagsausbau. Nachdem die Umsetzungsvereinbarung mit den Ländern für das noch unter der unionsgeführten Bundesregierung 2021 verabschiedete Gesetz erst 2023 zustande kam, wurden einzelne Kommunen mit Rückforderungen konfrontiert, weil sie für Umbaumaßnahmen zu lange gebraucht hätten. Ein massiver Vertrauensbruch, zumal die Bundesregierung noch vor wenigen Tagen beschwichtigte, es gebe keine Probleme mit dem Zeitplan! Wer sich im Vertrauen darauf als Kommune zügig um den Ganzttag gekümmert hat, wird nun bestraft. Ein Unding, das Kommunen frustriert und Familien im Regen stehen lässt.

Einziger Lichtblick: Das Bürokratiemonster Kindergrundsicherung erhält kein Geld mehr. Sollte die Regierung verstanden haben, dass dies ein Irrweg war? Zu wünschen wäre es!



Rede zum Familienetat (1. Lesung), 12.9.2024

„Die Haushaltspläne der Ampel schaden Frankfurt“

Interview mit Bettina M. Wiesmann MdB, erschienen im Journal Frankfurt, 12.10.2024

Im Bundestag laufen die Beratungen über den Bundeshaushalt 2025. Die Frankfurter Bundestagsabgeordnete Bettina Wiesmann befürchtet Einschnitte für die Stadt Frankfurt.

JOURNAL FRANKFURT: Frau Wiesmann, Sie sagen, dass aus Frankfurter Perspektive das Zahlenwerk äußerst kritisch zu bewerten sei. Woran machen Sie das fest?

BETTINA WIESMANN: Die Ampel hat den Haushalt mit Geschenken an die eigene Klientel wie das überdimensionierte Bürgergeld und das Deutschlandticket auf fast 490 Milliarden Euro aufgebläht. Um die Bilanz zu retten, setzt sie ausgerechnet dort den Rotstift an, wo eher mehr als weniger Geld gefragt wäre. Bei uns in Frankfurt wird das zu spürbaren Einschnitten führen.

Welche Einschnitte könnten auf Frankfurt zukommen?

Es fängt beim Sozialetat an: Das Jobcenter Frankfurt soll nach den Plänen der Ampel nächstes Jahr im Vergleich zu 2024 mit sechs Prozent weniger Geld auskommen. Wichtige Maßnahmen zur Arbeitsförderung werden gestrichen werden müssen. Ein anderes Beispiel ist der Kulturetat. Die Ampel plant hier Kürzungen, die Frankfurter Kulturinstitutionen hart treffen werden. Im öffentlichen Verkehr wiederum will die Ampel zwar keine Mittel kürzen, aber indem sie einen Investitionszuschuss für die Deutsche Bahn in eine Kapital-spritze umwandelt, um ihre eigene Schulden-

bilanz aufzubessern, sorgt sie dafür, dass das Verkehrsangebot des Rhein-Main-Verkehrsverbunds voraussichtlich teurer oder reduziert werden wird.

Welche Bereiche wären am stärksten betroffen?

Das ist eine Frage der Betrachtung. Die Etats der Ressorts sind sehr unterschiedlich groß. Wenn der Bund im mit fast 180 Milliarden Euro größten Einzelplan, dem Sozialetat, eine Million Euro einspart, ist das nicht zu vergleichen mit einer Million Euro im Kulturetat, der um ein Vielfaches kleiner ist. Im Kulturbereich lässt sich mit kleinen Summen viel Gutes schaffen. Andererseits können hier vergleichsweise kleine Einsparungen verheerende Folgen haben. Und dann ist es möglich, dass ein Etat zwar wächst, innerhalb des Etats aber an entscheidenden Stellen gespart wird. Beispiel Familienetat: Hier sind spürbare Einsparungen vorgesehen, obwohl er durch einen angenommenen Zuwachs an Kinderzuschlagsanträgen insgesamt wachsen soll. So sollen die Frühen Hilfen, mit deren Beratungs- und Unterstützungsangebot jungen Familien geholfen wird, um 10 Prozent gekürzt werden, statt wenigstens einen Inflationsausgleich zu erhalten. Auch sollen die Freiwilligendienste um 30 Millionen Euro verringert werden; Hilfen für ungewollt Kinderlose und für schwangere Frauen in Not werden sogar gegenüber 2023 halbiert.

Sie sagen, dass auch die Kultur in ihrer Förderung stark eingeschränkt würde. Welche Häuser in Frankfurt sind betroffen?

Es müssen sich zum Beispiel das Künstlerhaus Mousonturm und das Ensemble Modern auf Einschnitte gefasst machen.

Beispiel Mousonturm: Was bedeutet das konkret für das Haus?

Seit fast zehn Jahren fördert der Bund das Bündnis internationaler Produktionshäuser, dem der Mousonturm angehört. 2024 stehen dem Mousonturm über das Bündnis rund eine Million Euro zur Verfügung. Mit dem Geld finanziert er einen erheblichen Teil seiner Programmarbeit. Wenn die Bundesförderung wie geplant 2025 eingestellt wird, kann das das Ende aller gemeinsamen Projekte des Mousonturms mit seinen Bündnispartnern, gerade auch für internationale Vorhaben bedeuten.

Welche Kultureinrichtungen wären noch betroffen?

In diesem konkreten Fall wären zunächst die sieben Häuser betroffen, die dem Bündnis angehören. Neben dem Mousonturm sind das Häuser in Dresden, Berlin, Hamburg, Essen und Düsseldorf. Da sich das Bündnis aber über die Jahre zu einem wichtigen Innovationsmotor der deutschen Theaterlandschaft entwickelt hat und über zahlreiche Kooperationen in die freie Szene insgesamt hineinwirkt, wären indirekt noch viele weitere Kulturhäuser betroffen.

Auch im Verkehrsbereich befürchten Sie massive Kostensteigerungen. Was könnten auf den Rhein-Main-Verkehrsverbund und die Pendler zukommen?

Der Haushaltsentwurf sieht vor, der Deutschen Bahn versprochene Mittel in Höhe von 4,5 Milliarden Euro zur Finanzierung der überfälligen Infrastruktursanierung nicht als Baukostenzuschuss, sondern in Form einer Eigenkapitalspritze zukommen zu lassen. Mit diesem Trick will die Ampel die eigene Haushaltsbilanz aufbessern. Für die Bahn bedeutet dies allerdings nichts Gutes, denn auf die

Kapitalspritze werden Zinsen fällig, die die Deutsche Bahn erwirtschaften muss, indem sie die sogenannten Trassenpreise erhöht, die alle Eisenbahnverkehrsunternehmen für die Nutzung des Schienennetzes zahlen müssen. Steigen die Trassenpreise, verteuert sich der Verkehr. Für uns in Frankfurt hat das zur Folge, dass der Rhein-Main-Verkehrsverbund, in dessen Auftrag die Regionalzüge und S-Bahnen in Frankfurt unterwegs sind, mit massiven Kostensteigerungen konfrontiert sein wird. Da er diese in Zeiten des Deutschlandtickets kaum an seine Kunden weitergeben kann, wird sich das beim Verkehrsangebot niederschlagen. Die Eigenkapitalerhöhung bei der Bahn wird im schlimmsten Fall dazu führen, dass Fahrpläne zusammengestrichen werden.

Welche Alternativen sehen Sie zu den geplanten Einschnitten?

Taschenspielertricks wie die Umwandlung von Baukostenzuschüssen in Eigenkapitalspritzten ließen sich mit einem mehrjährigen Infrastrukturfonds verhindern. Ein solcher Fonds würde Planungssicherheit für die dringend erforderliche Sanierung von Schienen, Straßen und Brücken schaffen. Planungssicherheit ist auch in der Kulturförderung wichtig. Förderung nach Kassenlage dagegen ist Gift für die Kulturbranche in unserem Land. Im Familienetat könnte das Programm „Demokratie leben!“ reduziert werden, das innerhalb weniger Jahre um ein Vielfaches, auf 200 Millionen Euro, gewachsen ist und an dessen Wirksamkeit wir als Union Zweifel haben. Mit Blick auf den Sozialetat schließlich kann ich nicht nachvollziehen, warum die Ampel verbissen am teuren und fehlergerichtetem Bürgergeld festhält und gleichzeitig bei der Arbeitsförderung sparen will. Sozialpolitik sollte Menschen zu Arbeit verhelfen und nicht Arbeitslosigkeit zementieren. Ein Umdenken der Ampel an diesem Punkt wäre nicht nur für den Bundeshaushalt gut, sondern vor allem auch für die betroffenen Menschen.

75 Jahre Deutscher Bundestag – ein Grund zum Feiern!

Feierstunden in Berlin und Bonn



Feierstunde 75 Jahre Deutscher Bundestag am 10.9.2024

In einer besonderen Bundestagssitzung wurde am 10. September das 75-jährige Jubiläum der ersten Sitzung des Deutschen Bundestags gewürdigt. Vor vollem Haus begrüßte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas die Abgeordneten, die Bundesregierung, Vertreter des Bundesrats sowie Bundespräsident Steinmeier, Bundesverfassungsgerichtspräsident Harbarth und mehrere ihrer Amtsvorgänger. Ganz im Zeichen der Geschichte folgten Ausschnitte aus der Eröffnung der ersten Sitzung des Hauses 1949 durch den damaligen Alterspräsidenten Paul Löbe.

Frau Bas, der mittlerweile 91-jährige ehemalige Bundesminister Gerhart Baum (FDP) und die Historikerin Prof. Dr. Christina Morina erinnerten an die Bedeutung einer wehrhaften Demokratie. Die Festredner Baum und Morina waren sich einig: Die repräsentative parlamentarische Demokratie und, mit ihr verbunden, unsere Parteien müssen gestärkt werden. Sie

sind notwendig für die liberale Ordnung. Gerhart Baum betonte: „Wir gingen (nach dem Krieg) in Parteien - eine Option, die auch heute besteht. Man kann Parteien auch verändern. Es hat mich bereichert.“

Prof. Morina erinnerte an den grotesk statischen Charakter der Volkskammer in der ausgehenden DDR und im Vergleich dazu die zutiefst bewegende Bundestagsdebatte von 1997 zur Verantwortung der Wehrmacht und ihrer Angehörigen für die Gräueltaten im 2. Weltkrieg. Ihr Fazit: Ein Parlament allein macht noch keine Demokratie. Lebendige Parteien



Unions-Frauen beim Fraktionsjubiläum in Bonn

tragen zu einer stabilen parlamentarischen Demokratie bei, die in der Lage ist, immer wieder auch die moralischen Grundlagen unserer Gesellschaft zu verhandeln.

In Bonn fing es an

Nicht nur der Deutsche Bundestag kann auf eine 75-jährige Geschichte zurückblicken: Vor ebenso langer Zeit wurde die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegründet und hat seither die Geschicke der Bundesrepublik Deutschland entscheidend geprägt. Am 1. September – auf den Tag genau 75 Jahre nach ihrer Gründung – hat die Fraktion nun ihrer Anfänge mit einem rundum gelungenen Jubiläumsfest in der alten Bundeshauptstadt Bonn gedacht.

Höhepunkt war die Festrede des Psychiaters und Theologen Dr. Manfred Lütz im Neuen Plenarsaal: Bonn als Ort des demokratischen Neubeginns nach dem Zivilisationsbruch sei ein Geschenk gewesen. Die besondere rheinländische Fähigkeit zum pragmatischen Kompromiss in Verbindung mit der christlichen Sicht auf den Menschen schütze Demokraten vor der autoritären Versuchung. Davon hat die



junge Republik ganz sicher profitiert – bis die Überwindung der deutschen und europäischen Teilung den Umzug nach Berlin nahelegte.

Highlight für Frühaufsteher: Der neu begründete Fraktionschor begleitete den ökumenischen Gottesdienst im Bonner Münster unter kundiger Führung meiner Hamburger Kollegin und Musikerin Franziska Hoppermann MdB, die auch noch ein prachtvolles Solo sang. Die Geburtstagsrückschau hatte für mich auch ein persönliches Moment, denn zu Beginn der 90er Jahre war die Unionsfraktion mein Arbeitsplatz als Osteuropa-Referentin im Büro für Auswärtige Beziehungen der CDU.



Mit dem Fraktionschor unter der Leitung von Franziska Hoppermann MdB (ganz links) beim Gottesdienst zum Fraktionsgeburtstag, Bonner Münster, 1.9.2024

Frankfurt in Berlin – BPA-Fahrt in die Hauptstadt

Im Oktober hatte ich die Gelegenheit, eine vom Bundespresseamt (BPA) und meinem Büro organisierte Gruppenreise mit Teilnehmern aus meinem Wahlkreis in Berlin zu begrüßen. Drei Tage lang erkundeten rund 40 Frankfurter das politische und historische Berlin, gewannen Einblicke in die Zeit der deutschen Teilung und wurden im Auswärtigen Amt über die Arbeit der Botschaften und über diplomatische Beziehungen zu anderen Ländern und Institutionen informiert.



Ein für mich wichtiger Programmpunkt war der Austausch mit der Gruppe im Reichstagsgebäude im Anschluss an den Besuch einer Plenardebatte. Es ist mir stets ein Anliegen, im direkten Gespräch zu erfahren, was die Menschen in meinem Wahlkreis bewegt, und umgekehrt Fragen zu meiner Arbeit als Abgeordnete und zu den aktuellen politischen Herausforderungen zu beantworten. Aus der offenen Diskussion mit der Gruppe und den nachfolgenden Gesprächen im weiteren Verlauf des Abends konnte ich viele wertvolle Impulse mitnehmen.

Ein besonderes Highlight für die Gruppe war der Besuch bei der Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung. Die im Jahr 2021 gegründete

Stiftung erinnert an das politische Wirken und die Lebensleistung Helmut Kohls. Sie versteht sich als Einrichtung der politisch-historischen Bildung, als Ort der Information und des offenen Austausches. In unmittelbarer Nachbarschaft zum Bundestag gelegen, lädt die Stiftung interessierte Bürger zu Präsentationen und Diskussionsveranstaltungen über den Kanzler der Einheit, den verlässlichen Bündnispartner und den als Reformierender angetretenen Christdemokraten ein. Dabei kommen auch bisher weniger beleuchtete Aspekte seiner Regierungszeit zur Sprache. Die Teilnehmer der Informationsreise nutzten die Möglichkeit der Diskussion, um über ihre eigenen Erfahrungen mit der DDR zu berichten und sich dazu auszutauschen.

Ich habe mich über das lebhafteste Interesse und die gute Stimmung unter den Teilnehmern sehr gefreut und bin gespannt, welche Themen bei der nächsten Fahrt im Dezember im Mittelpunkt stehen werden.

Sollten Sie Interesse haben, an einer Gruppenreise nach Berlin teilzunehmen, schreiben Sie gerne eine E-Mail an bettina.wiesmann@bundestag.de

Unterwegs in Frankfurt, mit Frankfurtern



*Börnepreis-Verleihung an Daniel Kehlmann,
Paulskirche, 9.6.2024*



*Besuch bei den Einzelhändlern auf der Berger Straße
mit Kaweh Nemati, Vorsitzender Gewerbeverein
Untere Berger Straße, 14.8.2024*



*Besuch bei der Eintracht Frankfurt AG, Gespräch mit
Vorstandssprecher Axel Hellmann, 12.8.2024*



*Besuch bei der Kinderheimat Reinhardshof Nieder-
Erlenbach mit J. Kleppa, Sprecher des Vorstands,
J. Hilburger-Mehl, stellv. Vorsitzende des Stiftungs-
beirates, S. Melzer, Gruppenleiter einer Wohngruppe, C.
Ehrhardt, Jugendhilfeausschuss, 15.8.2024*



*Besuch bei den Einzelhändlern auf dem Oeder Weg
mit Pierre Gonzales (Feinkost Herkert) und
StV Frank Nagel, 14.8.2024*



Kalbacher Kerb mit Axel Leonhard, CDU Kalbach-Riedberg, und Ortsbeirat Thomas Schmidt, 17.8.2024



Diskussionsveranstaltung „Europa zwischen Abschottung und Weltoffenheit?“ mit Ralph Brinkhaus MdB, 22.8.2024



Goetheturmfest mit Vertretern der CDU Frankfurt-Sachsenhausen und der JU, 18.8.2024



Eröffnung Museumsuferfest durch den Sportkreis Frankfurt, 23.8.2024



Austausch auf Einladung der CDU-Fraktion im Ortsbeirat 3 mit Alexander Bauer, Frankfurter Behindertenarbeitsgemeinschaft, 20.8.2024



Besuch des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Bundestages, Prof. Dr. Helge Braun MdB, bei der Deutschen Nationalbibliothek, mit Generaldirektor Frank Scholze und Direktorin Ute Schwens, 27.8.2024



Jubiläumsfeier 125 Jahre FSV Frankfurt mit Präsident Michael Görner und Ortsbeirätin Claudia Ehrhardt, Kaisersaal, 29.8.2024



Matinee „Wie meistern wir die extremistische Herausforderung in Deutschland?“ mit MP a.D. Prof. Dr. h.c.mult. Roland Koch, Frankfurt-Nordend, 21.9.2024



Gespräch mit Prof. Dr. Anne Bohnenkamp-Renken, Direktorin des Freien Deutschen Hochstifts, 5.9.2024



Eröffnung Schweizer Straßenfest mit u.a. den Vorständen der Aktionsgemeinschaft Schweizer Straße e.V., Gregor Meyer und Ralf Wagner, 28.9.2024



Podiumsdiskussion „Zukunft der Kinderbetreuung in Frankfurt/RheinMain“ gemeinsam mit Landrat Ulrich Krebs, Caritas-Direktorin Gaby Hagmans und Unternehmer Dr. Tilman Frank, SC 1880, 18.9.2024



Besuch bei der Firma Euro-API, Gespräch mit GF Markus Braun, Industriepark Höchst, 30.9.2024



Besuch bei der Firma Merz, Gespräch mit CEO Philip Burchard, 1.10.2024



Blick vom Riesenrad über Frankfurt gemeinsam mit dem Stadtältesten Martin Gerhardt am 14.9.2024. Dank an Thomas Roie, den Vorsitzenden des Frankfurter Schaustellerverbands, für den Rundgang und die Einblicke in die Erfolge und Herausforderungen der traditionsreichen Dippemess!



Termine (Auswahl)

- 31. Oktober Besuch mit dem Kanzlerkandidaten der Union, Friedrich Merz MdB, beim DFB-Campus, Niederrad
- 31. Oktober Überreichung der Goethe-Plakette an Michel Friedman
- 1. November Podiumsdiskussion „Demokratie, keine Ahnung?!“, Neue Formen der Vermittlung historisch-polit. Bildung, Historisches Museum Frankfurt, Bürgerverein Demokratieort Paulskirche e.V.
- 2. November Kreisparteitag der CDU Frankfurt
- 4. – 8. November Sitzungswoche Deutscher Bundestag
- 4. November Anhörung zum Gesetz zur Stärkung der Strukturen gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen
- 9. November Podiumsteilnahme „Gute Rahmenbedingungen für Familien“, zusammen mit Carsten Linnemann MdB, Generalsekretär der CDU, Konrad-Adenauer-Haus
- 11. – 15. November Sitzungswoche Deutscher Bundestag
- 18. November Besuch bei der TG Bornheim
- 19. November Verleihung der Ehrenplakette der Stadt Frankfurt an Dr. Johannes zu Eltz
- 21. November Austausch mit dem Kinderschutzbund Frankfurt
- 23. November Landesdelegiertentag Frauen Union Hessen
- 25. – 29. November Sitzungswoche Deutscher Bundestag
- 27. November 6. Sitzung Freundeskreis Israel der Unionsfraktion mit Ehrengast Alon Meyer
- 2. – 6. Dezember Sitzungswoche Deutscher Bundestag
- 2. Dezember Frankfurter Erde für den Bundestag – Kunstprojekt „Der Bevölkerung“ im Rahmen des BPA-Besuchsprogramms
- 5. Dezember Gestaltung der Christlichen Morgenandacht des Bundestags mit dem Fraktionschor
- 5. Dezember Jugendpolitischer Abend der AG für Kinder- und Jugendhilfe
- 16. – 20. Dezember Sitzungswoche Deutscher Bundestag